

## Sitzungsniederschrift

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 01.02.2018 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

### **a) anwesend**

<b>Reckin, Detlef</b>	<b>Vorsitzender</b>
Busse, Sebastian	Mitglied
Oertel, Helfred	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Ganschow, Margareta	Mitglied
Winkler, Peter	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Fritz, Uwe	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Voigts, Malte	Mitglied
Glanzer, Helmut	Mitglied
Dr. Gebauer, Stefanie	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Falkenberg, Fritz	Mitglied

### **b) abwesend**

Kretzschmar, Andreas	Mitglied
Arens, Jörg	Mitglied
Förster, Arthur	Mitglied
Bommert, Frank	Mitglied
Mittelstädt, Gerhard	Mitglied

### **c) von der Verwaltung anwesend**

Frau Haak, Frau Schönrock, Frau Tamms

### **d) Gäste**

Herr Korts - Arbeitsgemeinschaft SR Stadt- und Regionalplanung Berlin

### **e) Presse**

OGA, MAZ

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **18.01.2018** auf **Donnerstag, den 01.02.2018** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

## Bestätigte Tagesordnung

### I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.2017
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Vorstellung des Geschäftsführers des Zweckverbandes Kremmen
7. Hinweise des Vorsitzenden auf Mitwirkungsverbote gemäß § 22 BbgKVerf
8. Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"  
**Beschlussvorlage** - 01-3-2018
9. Beratung und Beschluss: Durchführungsvertrag für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"  
**Beschlussvorlage** - 01-5-2018
10. Beratung und Beschluss: Satzungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"  
**Beschlussvorlage** - 01-4-2018
11. Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 58)  
**Beschlussvorlage** - 01-6-2018
12. Beratung und Beschluss: Feststellungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 58)  
**Beschlussvorlage** - 01-7-2018
13. Beratung und Beschluss: Abwägung der erneuten Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der betroffenen Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den vorzeitigen B-Plan Nr. 60 "Ziegeleiweg"  
**Beschlussvorlage** - 01-11-2018
14. Beratung und Beschluss: Satzungsbeschluss für den vorzeitigen Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg"  
**Beschlussvorlage** - 01-12-2018
15. Beratung und Beschluss: Rechtliche Überprüfung des Kita-Vertrages Oberhavel  
- Antrag der Fraktion UWG / LGU -  
**Beschlussvorlage** - 01-8-2018
16. Beratung und Beschluss: Straßenausbaubeiträge abschaffen  
- Antrag der Fraktion UWG / LGU -  
**Beschlussvorlage** - 01-9-2018
17. Beratung und Beschluss: 1. Änderungssatzung zur Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Kremmen  
- Antrag der Fraktion UWG/LGU - Ortsvorsteher Kremmen -  
**Beschlussvorlage** - 01-10-2018
18. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

### II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.2017
2. Beratung und Beschluss: Erwerb von Waldflächen in der Gemarkung Kremmen  
**Beschlussvorlage** - 01-1-2018
3. Beratung und Beschluss: Vergabe Dokumentenmanagementsystem  
**Beschlussvorlage** - 01-2-2018
4. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Stadtverordnetenversammlung am 01.02.2018	Ja	Nein	Enth
I. Öffentlicher Teil				
1.	<b>Eröffnung der Sitzung</b> Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Herr Detlef Reckin, eröffnet am Donnerstag, dem 01.02.2018, um 19 Uhr die 32. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Er begrüßt die Abgeordneten der Stadtverordnetenversammlung, die Bürger, die Vertreter der Verwaltung und die Pressevertreter.  Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung sowie die form- und fristgemäße Ladung zur Sitzung fest. Von den 19 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind zu Beginn der Sitzung 14 Abgeordnete anwesend. Entschuldigt fehlen Herr Förster, Herr Bommert, Herr Kretzschmar und Herr Mittelstädt.			
2.	<b>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Stadtverordnetenversammlung vom 07.12.2017</b> Änderungs- oder Ergänzungswünsche zum öffentlichen Teil der Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung vom 7. Dezember 2017 werden nicht vorgetragen, der öffentliche Teil der Sitzungsniederschrift ist somit bestätigt.			
3.	<b>Feststellung der Tagesordnung</b> Es werden keine Änderungsanträge gestellt, somit wird gemäß vorliegender Tagesordnung weiter verfahren.			
4.	<b>Informationen des Bürgermeisters</b> Herr Busse begrüßt alle die Anwesenden und verweist auf den morgigen Neujahresempfang, zu dem er recht herzlich einlädt.  Weitere Informationen gebe es heute nicht.			
5.	<b>Einwohnerfragestunde</b> Auf Anfrage einer Bürgerin zum Stand der neuen Kita-Satzung erklärt Herr Busse, dass der Entwurf seit dem letzten Jahr in den Beratungsgremien erörtert wird. Ziel ist es, die Kita-Satzung in diesem Jahr zu beschließen.  Weitere Wortmeldungen sind nicht zu verzeichnen.			
6.	<b>Vorstellung des Geschäftsleiters des Zweckverbandes Kremmen</b> Herr Busse begrüßt Herrn Lux, der ab 01.01.2018 neuer Geschäftsleiter des Zweckverbandes Kremmen ist. Herr Lux gibt anschließend einen kurzen Abriss seines beruflichen Werdegangs und betont besonders, dass er sich über eine Zusammenarbeit freue.			
7.	<b>Hinweise des Vorsitzenden auf Mitwirkungsverbote gemäß § 22 BbgKVerf</b> Der Vorsitzende weist auf die Einhaltung der Bestimmungen über das Mitwirkungsverbot gemäß § 22 BbgKVerf hin.			

	<p>Ehrenamtlich Tätige, die annehmen müssen, befangen zu sein, haben dieses unaufgefordert dem Vorsitzenden anzuzeigen. Jeder ehrenamtlich Tätige hat für sich selbst zu prüfen, ob er befangen ist. Der Grund der Befangenheit ist zu benennen, der Sitzungsraum ist bei nichtöffentlicher Sitzung zu verlassen. Bei Beratungsgegenständen im öffentlichen Teil der Sitzung begibt sich der Befangene in den Zuschauerraum.</p> <p>Herr Tietz regt an, zukünftig keinen extra Tagesordnungspunkt aufzunehmen. Der Vorsitzende sollte den Hinweis stets im Rahmen der Begrüßung geben. Herr Reckin nimmt die Anregung sehr gerne auf.</p> <p>Weitere Wortmeldungen sind nicht zu verzeichnen.</p>			
8.	<p><b>Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-3-2018</b></p> <p>Da weder der Vorsitzende noch der stellv. Vorsitzende des Bau- und Wirtschaftsausschusses anwesend sind, berichten die Ausschussmitglieder Eckhard Koop und Helmut Glanzer, dass der Ausschuss die Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen haben.</p> <p>Nachdem keine Fragen gestellt werden, bittet Herr Reckin um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremen beschließt die Abwägung zu den Einwendungen, Hinweisen und Anregungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg", die im Rahmen der Beteiligung zu o.g. Bebauungsplan eingegangen sind.</p> <p>Die Anlage "Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" - Abwägung - ist Bestandteil des Beschlusses."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:        einstimmig  Abstimmung:            laut Vorschlag</p>	14	0	0
9.	<p><b>Beratung und Beschluss: Durchführungsvertrag für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-5-2018</b></p> <p>Der Bau- und Wirtschaftsausschuss hat die Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen, berichten Herrn Koop und Herr Glanzer.</p> <p>Es werden keine Fragen gestellt. Herr Reckin bittet um Abstimmung.</p>			

	"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt den in der Anlage beiliegenden Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" gemäß § 12 Absatz 1 BauGB."			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	14	0	0
10.	<p><b>Beratung und Beschluss: Satzungsbeschluss für den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-4-2018</b>  Auch hier hat der Bau- und Wirtschaftsausschuss die Empfehlung gegeben, informiert Herr Koop.</p> <p>Nachdem keine Fragen gestellt werden, folgt die Abstimmung.  "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt gemäß § 10 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg" als Satzung. Die Begründung wird gebilligt."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	14	0	0
11.	<p><b>Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 58)</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-6-2018</b>  Die Empfehlung des Bau- und Wirtschaftsausschusses wurde ausgesprochen, berichtet Herr Koop. Fragen werden keine gestellt. Es folgt die Abstimmung.  "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Abwägung zu den Einwendungen, Hinweisen und Anregungen zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58), die im Rahmen der Beteiligung zu o.g. Flächennutzungsplanänderung eingegangen sind.</p> <p>Die Anlage "Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58) - Abwägung -" ist Bestandteil des Beschlusses."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	14	0	0
12.	<p><b>Beratung und Beschluss: Feststellungsbeschluss für die Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 58)</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-7-2018</b>  Auch für den Feststellungsbeschluss wurde die Empfehlung ausgesprochen, erklärt Herr Koop. Nachdem auch hier keine Fragen gestellt werden, folgt die Abstimmung über die</p>			

	<b>Beschlussvorlage.</b> "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes Hohenbruch der Stadt Kremmen für die Teilfläche Döringsbrücker Weg (Plangebiet des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 58). Die Begründung wird gebilligt."			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	14	0	0
13.	<p><b>Beratung und Beschluss: Abwägung der erneuten Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der betroffenen Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB für den vorzeitigen B-Plan Nr. 60 "Ziegeleiweg"</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-11-2018</b></p> <p>Der Vorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Kortas von der Arbeitsgemeinschaft SR Stadt- und Regionalplanung Berlin. Er steht den Abgeordneten für Fragen zur Verfügung.</p> <p>Herr Reckin fragt anschließend Herrn Brunner, ob er gemäß § 22 BbgKVerf befangen sei. Er habe keinen Grund, sein Mitwirkungsverbot anzuzeigen, meint Herr Brunner. Er habe nur ein Nachbargrundstück zum B-Plangebiet.</p> <p>Herr Koop bittet Herrn Kortas ein paar Worte zu den Änderungen, die im Rahmen der Genehmigung des Bebauungsplanverfahrens erforderlich waren, zu sagen. Im Juni 2017 wurde der Satzungsbeschluss gefasst, berichtet Herr Kortas. Von Seiten der Genehmigungsbehörde gab es jedoch noch Hinweise, die zu einer damaligen Nichtgenehmigung geführt haben. Geändert wurde u.a. die zeichnerische Festsetzung des Grabens an der Straße "An der Mühle" als Wasserfläche. Es wurde ein Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten des Wasser- und Bodenverbandes und der Anlieger eingerichtet. Zwei Punkte (Herstellung von 10 Stellplätzen und Baumpflanzungen) wurden gestrichen, weil diese im städtebaulichen Vertrag geregelt sind. Zur Heckenbepflanzung im westlichen Teil gab es eine Ergänzung. Die räumliche und zeitliche Umsetzung wurde hier konkretisiert. In der Begründung gab es auch Änderungen und Nachbesserungsbedarf. So wurde das Entwässerungsgutachten mit aufgeführt. Vom Landkreis gab es noch Hinweise zur Verfahrensakte. Diese Änderungen zum B-Plan führten zu einer eingeschränkten Beteiligung. Nur der Landkreis habe geantwortet und keine Bedenken gegen diese Änderungen geäußert.</p> <p>Herr Glanzer berichtet, dass der Bau- und Wirtschaftsausschuss mehrheitlich die Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen habe.</p>			

	<p>Herr Koop fragt, ob die textlichen Änderungen, die im Dezember 2016 im Ortsbeirat bzw. der Stadtverordnetenversammlung festgelegt wurden, berücksichtigt wurden (Geschosshöhe und Regenentwässerung). Es folgt eine umfangreiche Diskussion. So berichtet Herr Busse, dass Frau Schönrock heute den Termin zur Unterzeichnung des Erschließungsvertrages wahrgenommen hat. Leider hat die Notarin die geforderten Änderungen aus dem Beschluss nicht eingefügt, obwohl sie darauf hingewiesen wurde. Es gehe um die Geschosshöhe. Es gehe nicht nur um die geforderte Geschosshöhe, sondern auch um die Berücksichtigung der damals geführten Diskussion zur Regenentwässerung. Die Stadtverordneten stimmten für diese Änderungen, es sei sehr schade, dass die Unterlagen heute nicht komplett seien. Frau Dr. Gebauer weist darauf hin, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt nur um die Abwägung gehe und regt an, diese Diskussion in den nächsten Tagesordnungspunkt zu verschieben.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen bittet der Vorsitzende um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Ergebnis der erneuten Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der betroffenen Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum vorgezogenen Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:        mehrstimmig Abstimmung:            laut Vorschlag</p> <p><b><i>Der Bürgermeister hat den Beschluss mit Schreiben vom 02.02.2018 beanstandet.</i></b></p>	11	1	2
14.	<p><b>Beratung und Beschluss: Satzungsbeschluss für den vorzeitigen Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg"</b> <b>Beschlussvorlage - 01-12-2018</b></p> <p>Am 30.01.2018 wurde dieser Tagesordnungspunkt im Bau- und Wirtschaftsausschuss beraten, berichtet Herr Busse. Es wurde jedoch darüber informiert, dass der Satzungsbeschluss in der heutigen SVV aufgrund des fehlenden Erschließungsvertrages nicht behandelt wird. Ein Notartermin zur Unterzeichnung konnte noch für heute vereinbart werden und die Fraktionsvorsitzenden wurden per Mail darüber informiert. Der unterzeichnete Erschließungsvertrag liegt vor, jedoch ohne den geforderten Zusatz.</p> <p>Frau Dr. Gebauer weist nochmals auf den gefassten Beschluss hin. In der Begründung zum B-Plan stehe nach wie vor 3-</p>			

	<p>geschossig. Zudem forderte der Ortsbeirat immer wieder eine Komplettkanalisierung. Im Amalienfelde gab es seinerzeit auch Gutachten, die besagten, dass alles in Ordnung sei.. Frau Tamms weist darauf hin, dass es zwei Bodengutgrundachten gebe sowie ein Konzept des Investors zum Straßenausbau. Die Berechnungen erfolgten von Fachleuten und dies solle auch funktionieren. In Amalienfelde sei diese Verfahrensweise jetzt umgesetzt worden und funktioniere dort sehr gut. Diese Festlegungen sind bei der Ausführungsplanung zum Straßenbau zu berücksichtigen und nicht Inhalt des B-Planes.</p> <p>Herr Tietz empfiehlt, den Beschluss von der Tagesordnung zu nehmen. Daraufhin regt Herr Reckin an, die TOP im nicht öffentlichen Teil unter TOP 4 fortzuführen. Herr Busse stimmt dem zu und beantragt, den TOP in den nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu verweisen.</p> <p>Herr Reckin bittet die Abgeordneten um Abstimmung.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u>  Ja-Stimmen: 14    Nein-Stimmen: keine    Enthaltungen: keine</p> <p>Aufgrund des Abstimmungsergebnisses wird die Diskussion im nicht öffentlichen Teil der Sitzung fortgeführt.</p> <p>Beschlussvorlage:  "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:</p> <p>1. Der Satzungsbeschluss vom 29. Juni 2017 (Beschluss-Nr. 01-38-2017) wird aufgehoben.</p> <p>2. Der Bebauungsplan Nr. 60 "Ziegeleiweg" i.d.F. vom 24. Januar 2018 bestehend aus zeichnerischen und textlichen Festsetzungen (Anlage) wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:  Abstimmung:</p>	0	0	0
15.	<p><b>Beratung und Beschluss: Rechtliche Überprüfung des Kita-Vertrages Oberhavel</b>  <b>- Antrag der Fraktion UWG / LGU -</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-8-2018</b></p> <p>Nach den Erläuterungen durch Frau Dr. Gebauer folgen mehrere Wortmeldungen.</p> <p>U.a. meldet sich Herr Busse zu Wort und erklärt, dass er grundsätzlich das Engagement begrüße. Der Kita-Vertrag des Landkreises war auch Thema in der letzten Bürgermeisterberatung mit dem Landrat. Er halte es nicht für sinnvoll, den Vertrag rechtlich prüfen zu lassen, da dies bereits Aufgabe des Landrates sei.</p> <p>Herr Tietz begrüßt den Antrag der Fraktion. Aus der Presse war</p>			



	<p>zu erfahren, dass der Landkreis bereits beauftragt wurde, den Vertrag zu überprüfen. Die Abgeordneten sollten sich für die Herstellung der Rechtssicherheit aussprechen. Eine eigenständige Beauftragung zur Überprüfung halte er auch aus finanziellen Gründen nicht für sinnvoll.</p> <p>Auch Herr Brunner meint, dass der Landkreis in erster Linie zuständig sei. Herr Fritz verlange zumindest eine Antwort des Landkreises, es müssen Termine genannt werden. Und Herr Koop pladiert auch für eine Übergabe an den Landkreis. Die Fristsetzung sollte bis zum 30.06.2018 festgelegt werden, schlägt Herr Brunner vor.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schlägt Herr Busse Folgendes vor: Er werde den Landrat auffordern, den Vertrag prüfen zu lassen und eine schriftliche Antwort zu erhalten, die er den Abgeordneten zur Kenntnis geben wird.</p> <p>Daraufhin zieht Frau Dr. Gebauer im Namen der Fraktion den Beschlussantrag zurück</p> <p>„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beauftragt den Bürgermeister der Stadt Kremmen, den Kita-Vertrag Oberhavel, geschlossen am 16.07.2004 zwischen der Stadt Kremmen und dem Landkreis Oberhavel, hinsichtlich des Inhalts rechtlich zu prüfen. Die rechtliche Überprüfung soll extern und unabhängig erfolgen.“</p>			
16.	<p><b>Beratung und Beschluss: Straßenausbaubeiträge abschaffen</b>  <b>- Antrag der Fraktion UWG / LGU -</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-9-2018</b></p> <p>Frau Dr. Gebauer begründet die Beschlussvorlage. So solle die Landesregierung aufgefordert werden, über das KAG nachzudenken, ob diese MUSS-Bestimmung in eine KANN-Bestimmung umgewandelt werden könne. Desweiteren sollten Fördermittel nicht nur den Kommunen zugutekommen, sondern auch den Anliegern. Und das Ausbaubeiträge nur erhoben werden können, wenn ein wirtschaftlicher Vorteil tatsächlich nachgewiesen wird und das immer in Absprache mit der Ortsbeiräten und der Stadtverordnetenversammlung.</p> <p>Anschließend folgen mehrere Wortmeldungen.</p> <p>U.a. sagt Herr Brunner, dass die Entscheidungen, ob und wo und unter welchen Bedingungen Beiträge zu erheben sind, die Abgeordneten als gewählte Vertreter treffen sollten. Herr Fritz bezieht sich auf die Wirtschaftlichkeit, den Steuerzahlern müsse auch wieder was zurück gegeben werden. Es ginge um ein Mitentscheidungsrecht. Die jetzige Gesetzeslage sei nicht der richtige Weg. Bisher verzichtet man auf die Herstellung einiger Straßen, weil dort zu wenige Leute wohnen, bemerkt Herr Kurth. Herr Glanzer weist darauf hin, dass das KAG ein Landesgesetz sei, hier könne man sich nicht drüber</p>			

<p>hinwegsetzen. Herr Koop berichtet, dass in drei Bundesländern keine Straßenausbaubeiträge mehr erhoben werden und sechs weitere Bundesländer stellen es den Kommunen frei. Und Bayern werde auch noch nachziehen, dann sind es bereits 10 Bundesländer. Die Landesregierung Brandenburg soll angeregt werden, dies ebenso zu machen. Es gehe nicht darum, die Beiträge abzuschaffen. Die kommunale Selbstverwaltung solle ermöglicht werden. So werde die Anliegerstraße nicht nur von den Anliegern benutzt. Dass die Anlieger bei den Fördergeldern nicht berücksichtigt werden, sei ungerecht. Der Landesregierung solle ein Anschub gegeben werden.</p> <p>Herr Tietz verweist auf einen Zeitungsartikel vom ehemaligen Geschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Herr Böttcher. Mit einer derartigen Anerkennung könne die gesamte Straßenerneuerung zum Erliegen kommen und die zweite Frage ist, woher soll das Geld kommen. Nicht nur eine Veränderung des KAG ist erforderlich, auch die Haushalte des Landes der Kreise und Kommunen müsse verändert werden. Die Verwaltung sollte sich vom Städte- und Gemeindebund eine Meinungsäußerung anfordern unabhängig von der Beschlussvorlage. Und Herr Winkler weist auf die verschiedenen Kategorien hin. Auch er frage sich, woher das Geld kommen solle. Er könne sich vorstellen, dass die SVV sich zusammensetzt und festlegt, welche Straßen in den nächsten 3 - 4 Jahren gebaut werden sollen und die Kosten werden dann auf alle umgelegt.</p> <p>Herr Busse könne sich dem Vorschlag der Fördermittelausreichung anschließen, alles andere jedoch nicht. Am 17.11.2017 wurde über die Prioritätenliste der Straßen und Gehwege beraten. Die Gesamtsumme der Maßnahmen betrage ca. 8 Mio. Euro. Dies würde bedeuten, dass die Stadt ihre Mittel nur noch für den Straßenbau einsetzt. Herr Kurth weist darauf hin, dass die Beiträge nicht total abgeschafft werden sollen. Über jede Straße die ausgebaut werden soll, wird es eine Entscheidung der SVV geben. Und bei Härtefällen muss eine Lösung gefunden werden. Frau Dr. Gebauer fügt hinzu, dass es darum gehe, eine Legitimation zu haben, Anlieger X Y nicht heranziehen zu müssen. Es gibt Leute, die nicht in der Lage sind, das zu zahlen. Die Beiträge sollen nicht gänzlich abgeschafft werden. Ziel ist eine Signalwirkung an die Landesregierung, über eine Veränderung nachzudenken.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen bittet der Vorsitzende um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen bittet den Landtag</p>			
---	--	--	--

	<p>Brandenburg und die Landesregierung Brandenburg, zeitnah eine Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg (KAG) dahingehend zu ermöglichen, dass:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen keine "Soll"-Bestimmung mehr ist und es somit den Gemeinden überlassen bleibt, diese zu erheben oder nicht,</li> <li>2. die bisherige Bestimmung des § 8 Abs. 4 S. 7 Hs. 2 KAG dahingehend geändert wird, dass Zuwendungen Dritter (Fördermittel) nicht nur auf den gemeindlichen Teil sondern auch auf die Beitragshöhe der Beitragspflichtigen Anrechnung finden,</li> <li>3. hilfsweise, die Erhebung von Beiträgen nur stattfindet, wenn nachweislich wirtschaftliche Vorteile für die Möglichkeit der Inanspruchnahme der Einrichtungen und Anlagen geboten werden und hierbei den Gemeinden die Beurteilung des Vorliegens der Voraussetzungen unter Beteiligung der Ortsbeiräte - sofern zutreffend - überlassen bleibt.</li> </ol> <p>Die Stadtverwaltung wird g"</p>			
	<p>Stimmverhältnis:        mehrstimmig Abstimmung:            laut Vorschlag</p>	7	5	2
17.	<p><b>Beratung und Beschluss: 1. Änderungssatzung zur Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Kremmen</b>  <b>- Antrag der Fraktion UWG/LGU - Ortsvorsteher Kremmen -</b>  <b>Beschlussvorlage - 01-10-2018</b></p> <p>Frau Dr. Gebauer weist zu Beginn darauf hin, dass richtigerweise auf der Beschlussvorlage anstelle "Ortsvorsteher" der "Ortsbeirat" stehen müsse. Anschließend erläutert Frau Dr. Gebauer den Beschlussantrag und begründet die Änderungsanträge.</p> <p>Anschließend folgen mehrere Wortmeldungen. U.a. meldet sich Herr Winkler. Grundsätzlich sei er mit den Änderungen einverstanden. Er gibt aber zu bedenken, dass der Bürgerhaushalt im vergangenen Jahr das erste Mal beschlossen wurde. Möglicherweise sollte noch ein Jahr abgewartet werden, um weitere Erfahrungen zu sammeln und nicht in absehbarer Zeit wiederum eine Änderungssatzung zu beschließen. Fünf Stimmen, gerade für den OT Beetz seien zu viel. Herr Kurth würde auch für drei Stimmen plädieren (§ 4 Abs. 1). Zu Punkt 5. schlägt er folgenden Zusatz vor: " .....Im Einvernehmen bleibt es den Ortsvorstehern unbenommen, Projekte eigenständig abzuwickeln." Herr Voigts regt zu Punkt 2 an, das Wort "und" durch "oder" zu ersetzen.</p> <p>Vielleicht könnte auch eine Darstellung im Kremmen Magazin erfolgen, regt Herr Winkler an. In dem Zusammenhang weist Herr Busse darauf hin, dass auf der Kremmen-Seite der Aufruf für den Bürgerhaushalt 2018 und auch die Auflistung der realisierten Maßnahmen veröffentlicht sei. Herr Kurth regt noch an, unter Pkt. 5 das Wort "umgesetzt" durch "beauftragt" auszutauschen. Die Stadtverordneten stimmen dem zu.</p> <p>Herr Koop meint, dass die Änderungen heute beschlossen werden sollten. Mit den Änderungen wird der Bürgerhaushalt</p>			

	<p>anders dargestellt. Der Bürgerhaushalt sei eine direkte Art der Bürgerbeteiligung.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen fasst Frau Dr. Gebauer Änderungsanträge zusammen:</p> <p>1. Pkt. 2: Das Wort "und" wird durch "oder" ersetzt.</p> <p>2. Pkt. 3: (3) Stimmen anstatt (5) Stimmen.</p> <p>3. Pkt. 5 wird folgender Satz hinzugefügt: "Im Einvernehmen mit der Verwaltung bleibt es den Ortsvorstehern unbenommen, Projekte eigenständig abzuwickeln."</p> <p>Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über die Änderungsanträge.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 14    Nein-Stimmen: keine    Enthaltungen: keine</p> <p>Anschließend folgt die Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung zum Bürgerhaushalt der Stadt Kremmen - beschlossen am 08.12.2016 - mit den folgenden Änderungen:</p> <p>1. § 3 Absatz 1: "mündlich" wird gestrichen.</p> <p>2. § 3 wird erweitert durch Abs. 3: "Die Verwaltung bewirbt die Einreichung von Vorschlägen aktiv durch Presse, Veröffentlichung auf ihrer Homepage oder Erstellung eines jährlichen Flyers."</p> <p>3. § 4 Abs. 1 wird erweitert durch: "Die anwesenden Bürger haben mehrere (3) Stimmen und können diese auf die Vorschläge ihrer Wahl verteilen."</p> <p>4. § 4 Abs. 2 wird geändert zu: "Die Vorschläge werden von der Verwaltung vorab der gesonderten Ortsbeiratssitzung auf Zuständigkeit, Kosten und Realisierbarkeit geprüft. Die Verwaltung benennt einen verantwortlichen Mitarbeiter. Die Vorschläge sind nach Eingang (mit o.a. Kommentaren der Verwaltung) auf der Internetseite der Stadt Kremmen zu veröffentlichen (spätestens eine Woche vor der Abstimmung)."</p> <p>5. § 4 wird geändert zu: Die Vorschläge; Projekte und Maßnahmen gehen in den Haushalt der Stadt Kremmen ein und werden von der Verwaltung bis zum Ende des laufenden Haushaltsjahres beauftragt. Im Einvernehmen mit der Verwaltung bleibt es den Ortsvorstehern unbenommen, Projekte eigenständig abzuwickeln."</p>			
	<p>Stimmverhältnis:            einstimmig Abstimmung:                abweichend</p>	14	0	0
18.	<p><b>Anfragen und Informationen der Abgeordneten</b></p> <p>Es sind keine Wortmeldungen zu verzeichnen. Herr Reckin schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:47 Uhr.</p>			